

Mündlicher Bericht

des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes
(Vermittlungsausschuß)

zu dem

**Gesetz über bauliche Maßnahmen zum Schutz der
Zivilbevölkerung (Schutzbaugesetz)**

— Drucksachen IV/896, IV/3512, zu IV/3512,
Nachtrag zu IV/3512, IV/3609, IV/3666, IV/3676,
IV/3748 —

Berichterstatter im Bundestag: Berichterstatter im Bundesrat:
Abgeordneter Dr. Schäfer **Minister Dr. Müller**

Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

Das vom Deutschen Bundestag in seiner 194. Sitzung am 30. Juni 1965 beschlossene Gesetz über bauliche Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung (Schutzbaugesetz) — Drucksachen IV/896, IV/3512, zu IV/3512, Nachtrag zu IV/3512, IV/3609, IV/3666, IV/3676 — wird nach Maßgabe der in der Anlage zusammengefaßten Beschlüsse geändert.

Gemäß § 10 Abs. 3 Satz 1 seiner Geschäftsordnung hat der Vermittlungsausschuß beschlossen, daß im Deutschen Bundestag über die Änderungen gemeinsam abzustimmen ist.

Bonn, den 22. Juli 1965

Der Vermittlungsausschuß

Dr. Schmidt (Wuppertal)
Vorsitzender

Dr. Schäfer Dr. Müller
Berichterstatter

angenommen in der 198. Plenarsitzung am 23. Juli 1965

Anlage

**Gesetz über bauliche Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung
(Schutzbaugesetz)****1. § 6 Abs. 1 Satz 2**

§ 6 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

„Träger von Einrichtungen der in § 2 Abs. 2 genannten Art, die Körperschaften des öffentlichen Rechts oder gemeinnützig im Sinne der Gemeinnützigkeitsverordnung sind, erhalten vom Bund einen pauschalen Zuschuß, der dreißig vom Hundert der Baukosten decken soll; bei Krankenhäusern und anderen Einrichtungen, die der Versorgung von bettlägerig Kranken dienen, beträgt der Zuschuß fünfunddreißig vom Hundert.“

2. § 8 Abs. 2 (neu)

Dem § 8 wird folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) Für Rechte zur Benutzung eines Schutzraumes gilt Absatz 1 entsprechend.“

Der bisherige Wortlaut des § 8 wird Absatz 1.

3. § 12

a) § 12 Abs. 1 Satz 2 wird gestrichen.

b) In § 12 Abs. 3 Satz 1 werden die Worte „§§ 5, 7 und 9“ durch die Worte „§§ 5, 7, 8 und 9“ ersetzt.

4. § 17

a) § 17 Abs. 1 Satz 3 wird wie folgt gefaßt:

„Der Bund erstattet der Gemeinde ein Drittel der Kosten.“

b) In § 17 Abs. 2 wird der zweite Halbsatz nach dem Semikolon wie folgt gefaßt:

„der Gemeinde ist vom Bund ein Drittel des Wertes zu erstatten.“